



Resolution

„Aktiv aus der Krise“

3. Dezember 2009 in Mörfelden-Walldorf

Marktradikales Denken und Handeln, die Deregulierung der Finanzmärkte, die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, die Privatisierung der sozialen Risiken und die Umverteilung von unten nach oben haben uns in eine neue Weltwirtschaftskrise gestürzt. Darüber hinaus kommt das Scheitern einer Strategie zum Ausdruck, die allein auf exportorientierte Modernisierung gesetzt und den Binnenmarkt geschleift hat. In der Metall- und Elektroindustrie drohen Insolvenzen, stehen Tausende Arbeitsplätze und Existenzen auf dem Spiel.

1. Durch eine faire und solidarische Verteilung der Arbeit(szeit) kann Beschäftigung gesichert werden. Die vereinfachte und verlängerte Kurzarbeit ist das entscheidende Fundament dafür. Zusätzlich sind weitere arbeitszeitpolitische Initiativen erforderlich, wie z.B. die befristete Erweiterung der Möglichkeiten des TV Beschäftigungssicherung, um die Arbeitszeit absenken zu können. Dies erfordert einen angemessenen Teillohnausgleich.
2. Gerade in der Krise treten wir für die Erhaltung des Ausbildungsangebotes und die Übernahme nach der Ausbildung ein. Es geht um die Zukunft der jungen Generation und um ein neues Wettbewerbsmodell, das nicht auf Niedriglöhne und prekäre Arbeit setzt. Um so wichtiger ist es, Fachkräftemangel zu verhindern, der durch kurzfristiges Kostendenken entstehen würde.
3. Wir stehen vor der Herausforderung, der drohenden Ausweitung von prekärer Beschäftigung und Leiharbeit entgegenzutreten. Dort wo wir diese nicht verhindern können, muss besser reguliert werden.
4. Durch die Krise darf es nicht zu einem Verlust industrieller Kerne kommen. Betriebe dürfen nicht zu Opfern von Entwicklungen im Finanz- und Bankensektor werden. Der Zugang zu Liquidität muss sichergestellt, Kreditklemmen müssen verhindert werden. Das erfordert eine aktive verantwortungsvolle und entschiedeneren Rolle von Bundes- und Landesregierungen. Wir fordern die Einrichtung von öffentlichen Beteiligungsfonds, mit denen Unternehmen in der Krise finanziert werden. Banken, die selbst mit öffentlichen Mitteln massiv gestützt werden, müssen Kredite zu fairen Bedingungen vergeben, wenn Zukunftsperspektiven vorhanden sind. Wir fordern die Landesregierungen auf, in diesem Sinne mit Banken, Arbeitsagenturen, Gewerkschaften und Arbeitgebern gemeinsam an der Lösung der Kreditversorgungs- und Eigenkapitalprobleme zu arbeiten.
5. Eine über die tarifpolitischen Möglichkeiten hinausgehende Stabilisierung des Binnenmarktes durch Kaufkraft-Stärkung ist nötig. Was zur Sicherung der Beschäftigung in der Automobilindustrie funktioniert hat, könnte in anderen sozialen, ökologischen, bildungspolitischen und kulturellen Fel-

dern noch erheblich bessere Ergebnisse zeitigen, beispielsweise im Rahmen eines umfassenden Programms zur Armutsbekämpfung.

6. Die »eingebauten Stabilisatoren« des Sozialstaats wirken, wie auch die Propagandisten der Privatisierung und des Sozialabbaus einräumen mussten. Konfrontiert mit der Forderung der US-Administration, doch auch in Europa größere Krisenbekämpfungsprogramme aufzulegen, haben die im März d.J. in London versammelten Staats- und Regierungschefs auf ihre Sozialstaatsausgaben als »Stabilisatoren« gegen ein weiteres Abrutschen in der Krise verwiesen.
7. Öffentliche Konjunkturpolitik bremst einen Konjunkturabsturz. Und: Öffentliche Investitionen sind wirkungsvoller als Steuersenkungen.
8. Der Staat darf nicht kleingespart werden, wenn er in der Krise wirken soll. Ergiebige Steuern auf Vermögenseinkommen sichern die Ressourcenausstattung des Staates und verringern die Spekulationsmasse.
9. Der Finanzmarktkapitalismus ist systemisch instabil – und seine Rettung extrem teuer. Deshalb bedarf es umfassender regulierender Maßnahmen ggf. auch bis hin zu Eingriffen in die Eigentumsverhältnisse systemrelevanter Finanzinstitute.
10. Wir brauchen eine Neuausrichtung der Unternehmenspolitik. Die Orientierung am Shareholder Value hat sich als unternehmerisches Systemrisiko erwiesen. Wir treten deshalb ein für eine nachhaltige Unternehmenspolitik und eine Demokratisierung der Wirtschaft.

Die Weltwirtschaftskrise bietet auch Chancen für Alternativen, zum Beschreiben nachhaltiger, an sozialen und ökologischen Erfordernissen ausgerichteter Entwicklungspfade. Doch nicht im Selbstlauf. Wenn wir eine Rückkehr alter Gespenster – in welchen längst verbrauchten traditionellen Regierungsformationen auch immer – verhindern wollen, müssen wir eine breite betriebliche und gesellschaftliche Debatte über Auswege aus der Krise und deren soziale Qualität organisieren und vorantreiben.

Die Tarifbewegung und die Betriebsratswahlen bieten gleichermaßen Anlass und Notwendigkeit, damit sofort zu beginnen.